

# 1 Wird Donald Trump Deutschland abstrafen?

Wegen der hohen Exportüberschüsse? Nächstes Opfer Deutschland? Fragte die F.A.S. am 08.01.2017, auf S. 23.

Der Autor Christian Siedenbiedel erläutert den Deutschen das Problem der deutschen Exportüberschüsse, was Donald Trump dagegen zu tun gedenkt und was die Deutschen davon zu halten haben. Meinungsbildung eben, die wichtigste Funktion der Leitmedien!

Seine Ausführungen sind interessant, doch sie bedürfen zahlreicher Richtigstellungen und Ergänzungen, die in Fußnoten hinzugefügt wurden.

Von Hermann Patzak

Donald Trump prangert die Chinesen wegen ihrer Exportstärke an. Das sollte uns alarmieren: Denn als Nächstes könnten wir dran sein. Von

Wird Deutschland womöglich das nächste Ziel von Donald Trumps politischen Attacken? Aus Berlin immerhin wurde unlängst kolportiert, im Finanz- und im Wirtschaftsministerium stellten sich Experten auf neue Konflikte ein. Bislang hatte Trump vor allem China als den Schurken der Weltwirtschaft ausgemacht. Das Land **manipuliere seine Währung und vernichte mit derlei unfairen Methoden im Welthandel<sup>1</sup>** zuhauf Arbeitsplätze in Amerika. „China hat **große Mengen Geld und Vermögen aus den Vereinigten Staaten herausgenommen, in einem total einseitigen Handel<sup>1</sup>**“, twitterte Trump erst vor wenigen Tagen wieder.

Mit etwas Phantasie läßt sich das sehr leicht auch auf Deutschland ummünzen. Immerhin hat die Bundesrepublik die Volksrepublik China sogar gerade wieder als Exportweltmeister abgelöst. Und der deutsche Leistungsbilanzüberschuß, also die Differenz von Aus- und Einfuhren, lag 2016 nach vorläufigen Zahlen bei **8,6 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Das ist nicht nur ein Rekord für Deutschland – es ist auch viel mehr als die mickrigen 2,4 Prozent<sup>2</sup>** der Chinesen.

Wer es mit den Deutschen böse meint, der könnte durchaus auch von Exporterfolgen mit Hilfe einer **manipulierten Währung<sup>3</sup>** sprechen. Schließlich **profitierten Deutschlands exportorientierte Unternehmen** auch im vergangenen Jahr wieder ganz ordentlich davon, daß der **Euro als Spätfolge der Euro-Krise schwächer<sup>4</sup>** ist, als es der deutschen Volkswirtschaft eigentlich angemessen wäre.

---

<sup>1</sup> Wie haben die Chinesen ihre Währung manipuliert? Der Vorwurf ist bekannt. Aber wie haben sie das konkret gemacht? Die Erklärung, daß sie aus den USA Geld herausgenommen haben, besagt gar nichts! Die US-Bürger haben doch freiwillig und gerne die billigen Importe bezahlt! Wenn eine Währung relativ billig ist, so gibt es auf der anderen Seite immer eine Währung, die relativ teuer ist. Warum pflegen die USA ihre teure Währung und wie haben sie das getan? Wenn man von Trump nicht verlangen kann, daß er die Zusammenhänge kennt, dann sollte man das doch von seinen Beratern erwarten können.

<sup>2</sup> Die absoluten Zahlen in US-Dollar müßten hier genannt werden. Die relativen Zahlen vermitteln nur einen Eindruck von der Exportabhängigkeit eines Landes. Und unter diesem Aspekt schneidet Deutschland viel schlechter ab als China.

<sup>3</sup> Demnach hätten die Deutschen den Euro nach unten manipuliert, damit die Exportindustrie (mittlerweile fest in der Hand des angloamerikanischen Finanzkapitals) noch mehr Gewinne der einstmaligen deutschen Unternehmen den neuen Eigentümern in USA abliefern kann.

<sup>4</sup> Wer wollte denn den Euro und warum? Die DM war zu stark geworden, das war (1) den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, also den Eliten aus Frankreich, England und den USA ein Dorn im Auge. Und dann

Es wäre nicht das erste Mal, daß Deutschland von Amerika wegen dieser Angelegenheit in den Senkel gestellt wird. Im Jahr 2013 beispielsweise klagte das amerikanische Finanzministerium in seinem Wirtschaftsbericht Deutschland öffentlich an, weil das Land seinen wirtschaftlichen Erfolg mit Exportüberschüssen „auf Kosten der Partner in aller Welt“ erziele. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) äußerte sich immer wieder kritisch. Und in der Europäischen Union wurden in dieser Frage sogar offizielle Verfahren gegen die Deutschen angestrengt<sup>5</sup>.

Ein alter Streit geht in eine neue Runde: das Ringen um die „Imbalances“, die globalen Ungleichgewichte. Worum handelt es sich dabei? Der Mechanismus geht so: Es gibt Länder wie Deutschland oder China. Sie verkaufen für mehr Geld Maschinen, Autos oder Anlagen ins Ausland<sup>6</sup>, als sie Fernseher, Nahrungsmittel und Öl einführen. Der Export ist größer als der Import. Das ist ein „Leistungsbilanzüberschuß“.

Auf der anderen Seite gibt es Länder wie Amerika. Sie konsumieren mehr, als sie herstellen. Diese Staaten machen sogar Schulden, um noch mehr in aller Welt einkaufen zu können<sup>7</sup>. Kleidung beispielsweise, die in Amerika kaum noch hergestellt wird, Elektronik aus Japan oder Autos aus Deutschland. Auch der amerikanische Staat hat ein gewaltiges Loch im Haushalt, unter anderem, weil er teure Kriege finanzierte. Solche Länder führen mehr Produkte ein als aus – sie haben ein Leistungsbilanzdefizit<sup>8</sup>.

Diesen Güterströmen stehen auf der anderen Seite Kapitalströme gegenüber. Ein Land, das mehr ausführt als einführt, bringt auch mehr Kapital ins Ausland. Das muß schon rein technisch so sein. Man kann sich das so vorstellen: Ein Land wie Deutschland, das Maschinen ins Ausland liefert, gewährt im selben Zug auch noch einen Kredit zu deren Finanzierung.<sup>9</sup>

---

waren da noch (2) die deutschen Politiker, wie ein Kanzler Kohl, der meinte, mit der Aufgabe der DM den Deutschen die Wiederaufnahme in die „Westliche Völkerfamilie“ erkaufen zu können.

<sup>5</sup> Dahinter standen die USA! Timothy Geithner, der US-Finanzminister, nahm an der Sitzung der EU-Finanzminister in Breslau am 18.11.2011 teil, auf der beschlossen wurde, daß die EU Kommission gegen Mitgliedsländer mit exzessiven Leistungsbilanzüberschüssen ein Strafverfahren einleiten kann. Die Frage, mit welchem Recht er als Minister der USA an der Sitzung teilnehmen konnte, wurde nie gestellt.

<sup>6</sup> Nicht für mehr Geld verkaufen sie ihre Produkte, sondern mehr Produkte verkaufen sie, aber jedes für weniger Geld, denn für alle ausländischen Importeure wurde der Kauf billiger, weil der Euro extrem abwertete.

<sup>7</sup> Die Schulden der USA waren primär Staatsschulden, d.h. der Staat USA finanziert seine Ausgaben mit Schulden. Das hat er getan, um die Finanz- und Wirtschaftskrise überwinden zu können, die die USA selbst angezettelt hatten, als die Regierung einen Immobilienboom in die Wege leitete, der die aufkommende soziale Unzufriedenheit im Land beschwichtigen sollte. Richtig ist, daß die USA auch ihre Kriege mit Schulden finanzieren mußten. Doch auch diesen Teil der Staatsschulden kann man nicht den Exportüberschußländern anlasten. Ohne diese Billigimporte hätten die US-Bürger „ihre Gürtel enger schnallen“ und auf Konsum verzichten müssen. Auch das leistet der überhöhte Dollarwert!

<sup>8</sup> Weshalb ihre Währung eigentlich abwerten müßte, was aber im Falle der USA nicht geschieht, weil der US Dollar wegen seiner Funktion als Welthandels- und Weltreservewährung von aller Welt nachgefragt werden muß. Und weil die US Politik immer wieder zusätzliche Maßnahmen ergreift, z.B. mit attraktiven Lockangeboten für US-Wertpapiere, um ausländische Finanzanleger zu ködern, solche Papiere zu kaufen, wodurch sie den Dollar-Kurs stützten.

<sup>9</sup> Die Aussage ist blanker Unsinn. Dem Wert der Exporte steht immer ein gleich hoher Kapitalzufluß gegenüber, sofern die Güter und Leistungen denn bezahlt werden. Nur wenn die Bezahlung gestundet wird, entsteht damit eine Schuld (Verbindlichkeit) für den Käufer und eine Forderung für den Verkäufer. Und dann ergibt sich das Problem, ob und wie dann wirklich bezahlt wird.

Wo nun ist das Problem? Lange Zeit hatte man mit diesen Ungleichgewichten halbwegs gelebt. **Mit der Finanzkrise** aber wurden sie als ein Risiko für die Stabilität des Weltfinanzsystems identifiziert. Da exportschwache Länder ihre Importe über Kredite finanzieren müssen, kann das die Schuldenberge gefährlich in die Höhe treiben. **Gewaltige globale Ungleichgewichte**,<sup>10</sup> die sich nicht langsam abbauen, sondern schlagartig verschieben, können im schlimmsten Fall das ganze **Wirtschaftssystem ins Wanken bringen** oder zumindest eine Krise verstärken. **Seither gibt es Bemühungen**<sup>11</sup>, diese Ungleichgewichte etwas zu verringern.

Im Augenblick erlebt die Debatte eine Neuauflage, und zwar in der Politik ebenso wie in ökonomischen Fachzeitschriften und in E-Mail-Diskussionen unter Ökonomen. Das hat unterschiedliche Gründe. Zum einen bewegt viele die Frage, warum die **Weltwirtschaft** seit einiger Zeit nur noch mit **verringerten Raten wächst**. Neben vielen anderen Gründen wurden dafür auch die globalen **Ungleichgewichte als mögliche Ursache** ausgemacht.

Der ungarische **Ökonom László Andor** etwa nennt innerhalb der Eurozone die **Handelsungleichgewichte** als einen zentralen Grund für das **schwache Wachstum**<sup>12</sup>. Nach dem Motto: Wenn es keine so einseitige Rollenaufteilung im Handel gäbe, daß Deutschland so viel ausführt und so wenig einführt, dann könnten Länder wie Portugal oder Spanien vielleicht auch mehr ausführen – und ihrerseits aus den Erträgen wieder mehr Nachfrage nach deutschen Produkten entwickeln.

Zum anderen kommt durch **Politiker wie Trump** eine ganz andere Debatte über Ungleichgewichte auf. Sie erinnert an die Ideen des **Merkantilismus** im 16. bis 18. Jahrhundert. Diese Betrachtungsweise sieht nicht vorrangig Unternehmen im globalen Wettbewerb, sondern Nationalstaaten, unter denen es ständig Gewinner und Verlierer gibt.

---

<sup>10</sup> Die durch Importe entstandenen Schulden waren immer schon in den Ländern entstanden, deren Währung höher bewertet war als dies durch ihre ökonomische Leistungsfähigkeit gerechtfertigt wäre. Für sie erfand man jetzt auf einmal den Begriff: „globale Ungleichgewichte“, die so gefährlich seien, weil man sie angeblich nicht langsam abbauen kann und weil sie sich schlagartig verschieben und damit das ganze Wirtschaftssystem gefährden. Gemeint ist wohl das Weltwirtschaftssystem. Die Verantwortung für diese Systemgefahr wird mit diesem neuen Begriff den Exportüberschußländern zugewiesen. Den Euro-Ländern war die Finanz- und Wirtschaftskrise insofern zum Verhängnis geworden, als ihre Überwindung zusätzliche, schuldenfinanzierte Staatsausgaben erfordert hätte, die ihnen durch die Verschuldungsobergrenzen des Vertrags von Maastricht verwehrt sind. Diese Länder hatten mit dem für ihre Verhältnisse günstigen Euro-Kurs lange Zeit billig im Ausland eingekauft, damit eine schnelle Wohlstandssteigerung erzielt, die allerdings mit Schulden finanziert wurde. Für die USA waren die Ungleichgewichte (sprich ihr Leistungsbilanzdefizite) deswegen ein Ärgernis, weil Leistungsbilanzdefizite zusätzlich zur Erhöhung der Staatsschulden und den Zinssenkungen eine Abwertung der Währung auslösen, die ihre Vormachtstellung als politischer Hegemon und Weltfinanzmacht gefährdet, was die Politik- und Finanzeliten unter allen Umständen verhindern wollten.

<sup>11</sup> Die Ungleichgewichte entstanden nicht durch die Krise, sondern schon vorher durch Export- und Importüberschüsse. Eine Abwertung bzw. Aufwertung hätte sofort Abhilfe schaffen können. Das wollen die USA aus politischen Gründen nicht. Deutschland, dessen DM in den Jahrzehnten zuvor infolge der Exportüberschüsse immer aufgewertet hatte, konnte das aber unter dem Euro auch nicht mehr. Die Aufgabe der Souveränität auf dem Gebiet der Währung, also der Euro, ist also im Falle Deutschlands die Ursache dieses Ungleichgewichtes – auf der anderen Seite natürlich der überhöhte Wert des US-Dollars (und des englischen Pfunds).

<sup>12</sup> Viel naheliegender wäre es doch, an den Euro als Ursache zu denken. Doch auch Wissenschaftler, die die politischen Axiome einmal verinnerlicht haben, sind außerstande, sie zu hinterfragen. Wenn die Ungleichgewichte wirklich die Ursache wären, dann müßte doch Deutschland ein weit größeres Wachstum haben.

Ein Überschuß in der Leistungsbilanz wird aus dieser Sicht zur Siegestrophäe, eine **künstlich geschwächte Währung**<sup>13</sup> gilt als Waffe im Währungskrieg. Und jeder, der einen größeren Überschuß erzielt als das eigene Land, ist aus dieser Sicht sofort der unfairen Vorteilsnahme im internationalen Handel verdächtig.

Aus solchen Überlegungen heraus hatte der französische Finanzminister **Jean-Baptiste Colbert** im 17. Jahrhundert unter Sonnenkönig Ludwig XIV. die Devise ausgegeben: Die Exportüberschüsse müssen gesteigert werden, koste es, was es wolle – damit mehr Gold ins Land fließe. So wollte er eine Million neuer Arbeitsplätze in Manufakturen im Inland schaffen. Das war **national-egoistische Wirtschaftspolitik**<sup>14</sup> pur. Diese **Sichtweise gilt als wirtschaftspolitisch überholt**. Der „Colbertismus“ taucht aber bis heute in abgewandelter Form immer wieder auf, zum Beispiel eben als „Trumpismus“.

Später setzte man lieber auf einen **freien Handel, von dem beide Seiten profitieren**<sup>15</sup>. Die Frage sei heute vor allem, wie man in **demokratischen Staaten**<sup>16</sup> dafür sorgen könne, daß Mehrheiten hierfür „gewonnen oder erhalten werden“ könnten: So sieht es eine Ökonomenrunde um Carl Christian von Weizsäcker und Harald Uhlig, die im Internet ausgiebig über dieses Thema debattiert.

Inwieweit die **Politik eingreifen muß**, wenn Ungleichgewichte im Handel sich verfestigen<sup>17</sup>, ist bis heute umstritten. Einige **internationale Regeln sehen so etwas**<sup>18</sup> vor. In der

- 
- <sup>13</sup> Wie konnte man damals eine Währung künstlich schwächen? Indem man den Edelmetallwert der Münzen (Gold oder Silber) reduzierte und die Geldmenge erhöhte. Das geschah auch, aber dadurch wurden nur die Inländer ärmer, weil ihr Geld weniger wert war und sie weniger dafür kaufen konnten. Ausländer, deren Geldwert unverändert geblieben war, zahlten die gleichen Preise wie zuvor, weshalb die inländischen Händler und Produzenten weder mehr exportieren konnten, noch ihr Land dadurch reicher wurde. Künstlich geschwächte Währungen konnten damals also damals gar nicht zu höheren Exporten führen, sie konnten nur gesteigert werden, wenn ein Land niedrigere Herstellungskosten (höhere Produktivität) hatte.
- <sup>14</sup> Das paßt so richtig in die heutige „Landschaft“ der Verunglimpfung jeglichen nationalen Denkens. Daß Grenzen einmal von Völkern und Staaten als natürlicher Schutz errichtet wurden und damit Voraussetzung für die kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen der Menschheit waren, ist offensichtlich aus den Gehirnen dieser Zeitgenossen komplett ausradiert worden.
- <sup>15</sup> Mit „später“ meint der Autor die Lehren des Liberalkapitalismus von Adam Smith und David Ricardo. Die wurden aber schon im 19. Jahrhundert von Friedrich List und seiner Produktivitätslehre widerlegt. Doch auch sie wird heute stigmatisiert und als überholt bezeichnet. List hatte am Beispiel der USA nachgewiesen, daß der freie Handel die Entfaltung und Erstarkung der ökonomischen Kräfte in den USA unmöglich gemacht hätte.
- <sup>16</sup> Heißt das, daß von Weizsäcker und Uhlig nach Wegen suchen, die dummen Bürger von den Vorteilen des Globalkapitalismus überzeugen zu können? Formulieren wir diese Sichtweise pragmatisch anhand der Frage, wie kann ich dem Volk erklären, daß nach der Theorie des Globalkapitalismus alle Menschen und Völker durch grenzenlosen Handel reicher werden, die Deutschen aber seit Einführung des Euro immer ärmer geworden sind? Eine ähnliche Frage stellt sich auch den Amerikanern heute. Ist das wirklich eine Aufgabe der Wirtschaftswissenschaften?
- <sup>17</sup> Demnach hätte der schrankenlose Marktmechanismus also doch versagt? Eigentlich waren es die politischen Eingriffe der US Nomenklatura zur Verhinderung der Dollarabwertung, die eine Aufwertung des Euro durch Austritt der überschuldeten und nicht wettbewerbsfähigen Euro-Länder verhinderten. In gleicher Weise war es aber der unbedingte Wille, das Weltwährungssystem beizubehalten, in dem der US-Dollar die Funktion der Weltleit-, Welthandels- und Weltreservewährung hat, das durch diese Funktionen seinen überhöhten Wert begründet und das der US-Wirtschaft und der US-Politik die imperiale Vorherrschaft gewährleistet. Warum nennen die mit Preisen überhäuftten Kapazitäten der Wirtschaftswissenschaften nicht diese beiden Ursachen für die von ihnen so benannten globalen Ungleichgewichte?
- <sup>18</sup> Auch diese sog. internationalen Regeln wurden von den USA auf internationalen Konferenzen durchgesetzt, in denen sie mit ihren Vasallen stets die Mehrheit stellen.

Europäischen Union gibt es ein formales Verfahren, ähnlich dem gegen überbordende Haushaltsdefizite, wenn ein Land im Dreijahresdurchschnitt einen Leistungsbilanzüberschuß von mehr als 6 Prozent seiner jährlichen Wirtschaftsleistung aufweist<sup>19</sup>. Deutschland, das mit dieser Regel öfter mal Ärger hatte, lag 2016 fast 50 Prozent über diesem Schwellenwert. Da droht neuer Zoff.

Der Begriff der globalen Ungleichgewichte klingt so herrlich vage und so bedrohlich zugleich, daß Akteure unterschiedlicher Richtungen ihn gern für ihre Zwecke instrumentalisieren: die **Keynesianer**, um mehr staatliche Ausgabenpolitik zu fordern; die **Eurokritiker**, um aller Welt die äußerst schädliche Wirkung der gemeinsamen Währung vor Augen zu führen; und eben **Politiker wie Trump**, um einer protektionistischen Wirtschaftspolitik eine Legitimationsgrundlage zu verschaffen. Zudem nutzen **schwache Länder ihn mit Vergnügen, um starke Staaten zu beschimpfen**<sup>20</sup> – und so von der Schwäche der eigenen Wirtschaftspolitik abzulenken.

So kritisch viele Ökonomen über die Ungleichgewichte auch denken, so umstritten ist, was daraus folgt. Soll die Wirtschaftspolitik etwas dagegen tun – und wenn ja, was? Abwarten und Tee trinken, alles wird sich wieder einrenken: Das ist eine unter Ökonomen gar nicht selten anzutreffende Einschätzung. **Das seien Marktergebnisse**<sup>21</sup>, da solle man nicht eingreifen.

Heiko Peters von der Forschungsabteilung der Deutschen Bank nennt drei Gründe, warum sich der deutsche Leistungsbilanzüberschuß mit der Zeit ohnehin gleichsam von selbst verringern wird: die **Abschwächung des globalen Handels**, den **Immobilienboom** und die **demographische Entwicklung**. Wenn die Weltwirtschaft und der Handel in Zukunft nicht mehr so wachsen wie früher, dann belastet das unmittelbar die deutschen Exporte – und verringert den Leistungsbilanzüberschuß. Umgekehrt könnte der Immobilienboom in Deutschland die **Nachfrage nach Baustoffen**<sup>22</sup> auch aus dem Ausland steigern – und den Leistungsbilanzüberschuß von der Seite der Einfuhren her verkürzen.

Nicht zuletzt könnte die demographische Entwicklung in Deutschland eine **Verschiebung von Sparen und Konsum** bewirken. Während derzeit **viele Menschen ihr Geld fürs Alter**

---

<sup>19</sup> Auch in der EU haben die USA durch Intervention und massiven politischen Druck diese Regel durchgesetzt. Und diese Einmischung haben sich die Europäer gefallen lassen. Auch deshalb, weil sie im Interesse der Handelsbilanzdefizitländer der EWU lagen. Im Einzelnen sieh hierzu: [“Globale Ungleichgewichte“](#) in Teil 8 des Zyklus: „Motive, Hintergründe und Folgen der Zinswende in den USA“, Kapitel 8 „Die Intrigen der USA zur Wahrung des Dollar-Wertes“ auf Seite 33.

<sup>20</sup> Auf den Gedanken, daß dieser Begriff aus dem US-Imperialismus entstanden ist, um die Bedrohung des Herrschaftsinstrumentes US-Dollar abzuwenden, will anscheinend niemand kommen.

<sup>21</sup> Daß diese Ergebnisse durch die politischen Eingriffe der USA erzeugt (manipuliert) sind, will auch keiner sehen!

<sup>22</sup> Abschwächung des globalen Handels? Warum sollte es eigentlich dazu kommen? Immobilienboom in Deutschland? Den erzeugen doch in erster Linie Kapitalanleger aus dem Ausland – sogar die vermögenden Griechen, die ihre Euros sicher und mit guter Rendite anlegen wollen, obendrein finanziert mit Schulden zu Billigzinsen dank EZB und Draghi!  
Demographische Entwicklung? Davon sind alle Industriestaaten betroffen, nicht nur Deutschland. Und als Höhepunkt der Argumente: Die Inlandsnachfrage nach Baustoffen soll die deutschen Exporte reduzieren?  
Was kann aus der Deutschen Bank auch schon Gutes kommen?



zurücklegen und es so zu einer Ersparnisflut kommt<sup>23</sup>, könnte eine Rentnergesellschaft die Konten auflösen und mehr verbrauchen. Auch das beflügelt womöglich Konsum und Importe – und verringert so den Leistungsbilanzüberschuß.

Die Gegenposition zu „Abwarten und Tee trinken“ lautet: bloß keinen Wirtschaftskrieg mit Amerika riskieren.<sup>24</sup> Wenn die Deutschen keinen Handelskonflikt mit den Vereinigten Staaten wollten, müßten sie handeln, meint jedenfalls der Berliner Ökonom Sebastian Dullien. Amerika werde sein Leistungsbilanzdefizit nicht mehr so gutmütig hinnehmen wie bisher.<sup>25</sup> Sogar die Eurozone als Ganzes sollte sich darauf vorbereiten, daß ihre makroökonomische Strategie künftig stärker in Frage gestellt werde – „auch wenn ihr Überschuß nicht so hoch ist wie der deutsche“.

Wenn man vereinfacht sagen will, was die Wirtschaftspolitik überhaupt tun könnte, läuft es stets auf einen Begriff hinaus: weniger Austerität. Es wäre absurd, den Exportunternehmen den Export verbieten zu wollen. Dann bleibt nur die Möglichkeit, die Nachfrage im Inland anzukurbeln.<sup>26</sup> Gustav Horn vom gewerkschaftsnahen Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung plädiert daher für schuldenfinanzierte Staatsinvestitionen: „Schwache Importe, nicht starke Exporte, haben Deutschlands Handelsbilanzsaldo getrieben.“<sup>27</sup>

Der Ökonom Carl Christian von Weizsäcker schlägt eine regelrechte „Leistungsbilanzbremse“ vor. Er räumt mit der Vorstellung auf, daß ein Überschuß immer etwas Gutes und ein Defizit stets etwas Schlechtes sein muß, und plädiert statt dessen für eine Balance. Weizsäcker schlägt vor, in Berlin solle man sich von der Schuldenbremse verabschieden – und stattdessen lieber eine solche Leistungsbilanzbremse einführen. Der Staat soll sich verschulden und im Gegenzug die Steuern senken. „Eine nahezu ausgeglichene

---

<sup>23</sup> Demnach würden die Deutschen also zu viel sparen, weil sie fürs Alter vorsorgen. Der Autor spricht gar von einer Ersparnisflut. Wie kann man bei Ersparnissen überhaupt von einer Flut sprechen, zumal alle Prognosen und Berechnungen trotz dieser angeblichen Flut eine drohende Altersarmut ankündigen?

<sup>24</sup> Ja merkt denn keiner dieser Experten aus Medien und Wirtschaftswissenschaften, daß die USA diesen Wirtschaftskrieg schon längst begonnen haben? Volkswagen – Abgasaffäre; Abstrafung der Deutschen Bank, deren Manager so blöd waren, sich von den Renditen der US Hypothekenverbriefungen anlocken zu lassen. Da haben sie doch (1) die Spargelder der Deutschen verbrannt (500 bis 600 Mrd. Euro) und (2) gleichzeitig den Dollar-Kurs gestützt, weil sie zum Zweck des Kaufs dieser Papiere ihre windigen Euros gegen US Dollar eintauschen mußten?

<sup>25</sup> Würden die USA dann etwa wieder zum offenen Krieg übergehen, um ihre ökonomische und politische Vormachtstellung in der Welt zu sichern? Gegen Deutschland und Europa? Die meisten Euro Länder beklagen doch auch – so wie die USA –, daß Deutschland sie durch die Exportüberschüsse arm mache. Das war doch der Köder, mit dem US Finanzminister Timo Geithner sie überredete, die Bestrafung von Leistungsbilanzüberschüssen in das EU Regelwerk aufzunehmen! Dann bliebe also im wesentlichen Deutschland als Gegner übrig.

<sup>26</sup> Wie wär's mit einer Währung, die dem Leistungsstand der deutschen Wirtschaft entspricht? Sie würde die Deutschen reicher machen – wie einstmal die DM und gleichzeitig die Exportüberschüsse in Grenzen halten.

<sup>27</sup> Unglaublich dieser Experte! Die Ursache der schwachen Importe Deutschlands ist doch der überhöhte Wert der Währungen jener Länder, die Handelsbilanzdefizite machen (Schuldenmacher). Ihre überhöhte Währung hat zur Folge daß sie so wenig exportieren können und deshalb ihre Importüberschüsse mit Schulden finanzieren müssen. Nun sollte der deutsche Staat an deren Stelle Schulden machen und mehr investieren, in der Hoffnung, daß die Deutschen ihr im Zuge der schuldenfinanzierten Investitionen entstandenes zusätzliches Einkommen für ausländische Produkte und Leistungen jener Länder ausgeben, die wegen ihrer überhöhten Währung Handelsbilanzdefizite einfahren und Schulden machen, wie z.B. die USA und England.

deutsche Leistungsbilanz ließe sich mit einer Senkung der Mehrwertsteuer und mit der somit herbeigeführten Nettoneuverschuldung erreichen<sup>28</sup>“, schreibt Weizsäcker.

Auf den ersten Blick klingt das gar nicht so viel anders als bei Trump. Der will schließlich auch auf Pump die Steuern senken.<sup>29</sup> Allerdings denkt Trump an die Einkommensteuer, Weizsäcker eher an die Mehrwertsteuer. Letztere betrifft alle Menschen, das ist deshalb vielleicht gerechter. Dafür muß der Staat sich stärker verschulden, um überhaupt einen Effekt zu erzielen. Das ist teurer.

Die Idee dahinter: Wenn die Mehrwertsteuer sinkt, werden alle Waren günstiger. Die Leute haben mehr in der Tasche und können mehr kaufen. Unternehmen verdienen mehr, Löhne und Preise können steigen. „Deutschland schüfe durch die Steuersenkung einen Nachfrage-Stimulus, von dem Frankreich, Italien, Spanien und Portugal genauso profitieren würden wie andere europäische Volkswirtschaften“, meint Weizsäcker. „Indem Deutschland auf diese Weise Nachfrage nach Produkten der Nachbarländer schafft<sup>30</sup>, könnte es den Vorwurf entkräften, es sauge den Löwenanteil der europäischen Integrationsgewinne auf<sup>31</sup>.“

Diese Sichtweise braucht man nicht zu teilen, schließlich kann man die immer größer werdenden Staatsschulden auch für schädlich halten. Trotzdem muß man auf den Titel Exportweltmeister nicht ebenso stolz sein wie auf den des Fußballweltmeisters. Der frü-

---

<sup>28</sup> Eine Steuersenkung bei unveränderten Staatsausgaben führt ebenfalls zu einem Multiplikator Effekt, vergleichbar mit einer schuldenfinanzierten Staatsausgabensteigerung, nur daß die Steigerung des Volkseinkommens um die Sparquote der ersten Periode niedriger ist. Das Problem aber ist, daß die zusätzlichen Einkommen in Deutschland nicht automatisch als Nachfrage in die Leistungsbilanzdefizit-Länder umgelenkt würden! Dazu müßten die Deutschen z.B. vermehrt zusätzliche amerikanische Autos kaufen wollen?! Die müßten aber dann billiger werden und genau so gut sein wie die deutschen! Da wird Herr Trump sich anstrengen müssen, das zu erreichen – ohne Dollar-Abwertung.

<sup>29</sup> Trump will aber etwas ganz anderes erreichen! Die Steuersenkung – egal ob Einkommens- oder Mehrwertsteuer – soll die Inlandsnachfrage erhöhen und die Beschäftigungsquote in den USA steigern, um den harten Bodensatz der Arbeitslosen in den USA aufzubrechen und zu verringern. In Deutschland soll die Steuersenkung (auch in Form der Senkung der Mehrwertsteuer, um die Einkommen zu erhöhen) die Nachfrage der Deutschen erhöhen, in der Hoffnung, daß ein Teil der zusätzlichen Nachfrage für Importe verwendet wird.

<sup>30</sup> Auch Weizsäcker will also Friedenssicherung durch höhere Staatsschulden, um einen Handelskrieg mit den USA zu vermeiden. Die Annahme, daß die zusätzlichen Ausgaben der Deutschen infolge der höheren Einkommen die Handelsbilanzdefizite aller Importüberschußländer der Welt oder auch nur die aller Euro Länder und der USA ausgleichen könnten, ist naiv. Die Ursache der Defizite ist der zu hohe Preis dieser Güter und der ist die Folge der niedrigen Produktivität und des hohen Währungswertes dieser Länder. Das sind der US Dollar und der Euro! Und daran ändert sich gar nichts, wenn die Deutschen nach einer Steuersenkung mehr ausgeben können!

<sup>31</sup> *Europäische Integrationsgewinne?* Das ist zwar gewähltler ausgedrückt als die Behauptung, daß die Deutschen die größten Profiteure des Euro seien. Doch es ist der gleiche Sachverhalt und die gleiche Lüge! Dahinter steckt die Behauptung, der Euro habe alle Länder, insbesondere Deutschland, reicher gemacht. Wer die Wachstumsraten der Euro Länder nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise (2007) mit denen der übrigen Welt vergleicht, kann erkennen, daß die Europäer seitdem ins Hintertreffen geraten sind. Auch die Deutschen. Sie haben die Wirtschaftskrise im Vergleich zu den anderen Euro Ländern zwar noch am besten gemeistert, auf den gesamten Zeitraum seit der Einführung des Euro (1999) gesehen, sind sie in der Liste des Prokopfeinkommens aber nach unten durchgereicht worden. Integrationsgewinne hat nur das international agierende Großkapital gemacht – nicht die Menschen, denen man permanent einredet, daß ihr Wohlstand gestiegen sei. Auch das ist ein typisches Beispiel dafür, daß das Wort „Lügenpresse“ die Fakten treffend benennt, wohingegen das kürzlich kreierte Modewort „postfaktisch“ nur zu dem Zweck in Umlauf gebracht wurde, von den in den Köpfen einzementierten eigenen Lügen ablenken zu können.

here Chef des Münchener Ifo-Instituts, **Hans-Werner Sinn**, verweist auf die **Kehrseite** des Leistungsbilanzüberschusses: den Überschuß in der Kapitalbilanz. **Es fließt mehr Kapital aus Deutschland ab als hinein.**<sup>32</sup>

Das bedeutet auch: **Deutschland ist nicht attraktiv genug für Investitionen.** „Staat und Private investieren weniger, als gespart wird“, **sagt Sinn**<sup>33</sup>. Das ist auch deshalb beunruhigend, weil die Deutschen schlechte Erfahrungen mit der Geldanlage im Ausland machen mußten. Viele Forderungen, die Deutschland vor der Finanzkrise gleichsam als Gegenleistung für Exporte erhielt, **beispielsweise in Form amerikanischer Wertpapiere, verloren in der Krise stark an Wert**<sup>34</sup>.

Sollte Trump den Deutschen also vorwerfen, mit **einer manipulierten Währung unfaire Vorteile im Handel zu erzielen**<sup>35</sup>, würde Sinn ihm einerseits recht geben – andererseits

---

<sup>32</sup> Das ist schlichtweg falsch. Wer Waren für 1000 Euro exportiert, der bekommt auch 1000 Euro dafür. Daß trotzdem weniger Kapital (Kaufkraft) nach Deutschland zurückfließt hat andere Gründe (Schuldenerlaß, Target-Kredite), die H.W. Sinn dann auch benennt.

<sup>33</sup> Diese Aussage ist falsch. Eine Anlage in deutschen Aktien hätte weit höhere Erträge (Wertsteigerung plus Dividenden) gebracht als die Anlage in ausländischen Wertpapieren. Das hat sogar der Mitherausgeber der FAZ, Holger Steltzner, in seinem Artikel „Den Deutschen könnte der Dax gehören“ in der FAZ vom 22.05.2015, Seite 27 nachgewiesen. Er bezieht sich dabei auf die Berechnung einer Fondsgesellschaft der Allianz AG, in der der Nachweis erbracht wird, daß eine monatliche Sparleistung von 50 Euro in der Zeit von 1992 bis Ende 2014, das sind Einzahlungen von insgesamt 13.800 Euro, auf insgesamt 36.000 Euro angewachsen wären. Das entspricht einer Verzinsung von rund 12 Prozent.

<sup>34</sup> Das ist sogar noch stark untertrieben. Die Renditen waren am Ende nicht nur kläglich, obwohl die versprochenen Zinssätze auf dem Papier das Gegenteil versprochen. Mit den hohen Renditen aus den Wertpapierverbriefungen ungesicherter Hypotheken auf US-Immobilien haben die Amerikaner die Gelder aus aller Welt, auch die der Deutschen, angelockt und damit den Dollarkurs in die Höhe getrieben, denn sie mußten die Wertpapiere ja in Dollar bezahlen. Am Ende haben die Deutschen dann ein Vermögen zwischen 500 Mrd. Euro (Der Spiegel, 2016, Nr. 8, Seite 22) und 600 Mrd. Euro (Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, nach FAZ vom 21.05.2015 Politik, Seite 1) verloren. Ein Vermögen, das sie vorher (auch durch die Exportüberschüsse) sauer hatten erarbeiten müssen. Inszeniert wurde das Betrugsgeschäft über die staatlichen US-Banken „Fannie Mae“ und „Freddie Mac“. Sie oder gar die US-Regierung dafür zur Rechenschaft zu ziehen oder wegen Schadensersatz zu verklagen, wurde nie und von niemand in der Welt in Erwägung gezogen, so wie das regelmäßig die US-Administration oder die US-Gerichte tun!

<sup>35</sup> Wer hat denn den Euro gewollt? Und wer hat seinen Wert (nach unten) manipuliert, als er eingeführt war? Die Deutschen wollten ihn nicht. Sie wurden aber von ihren Politikern nicht gefragt. Ihre Kanzlerin meint heute noch, daß das auch gut so war! Den Euro wollten in erster Linie die (etablierten) politischen Eliten Frankreichs, denen die starke DM ein Ärgernis war, das es abzuschaffen galt, um eine weitere Stärkung der deutschen Wirtschaftskraft nach der Wiedervereinigung zu verhindern. Francois Mitterrand, der französische Präsident, verlangte das offen. Auch die politischen Eliten der USA und Englands waren dafür, allerdings haben sie das nicht an die „große Glocke“ gehängt. Sie kalkulierten auf einen großen gemeinsamen Wirtschaftsraum mit einer schwachen Währung, damit ihre überlegene und mächtige Finanzindustrie die Vorteile einer starken Währung ausspielen könnte, was dann auch geschah und bis heute andauert! Sie kauften die (für sie) billig gewordenen rentabelsten Unternehmungen in Europa – vorwiegend in Deutschland – auf, anstatt die eigenen Produktivkräfte zu stärken. Dadurch schwächten sie die eigene Industrie und erzeugten im eigenen Land eine unterschwellige, strukturelle Arbeitslosigkeit, die sie bis heute nicht aufzulösen vermochten, weil der hohe Außenwert ihrer Währung für sie Priorität hat. Der soziale Abstieg großer Bevölkerungskreise war die Folge und wurde zur wesentlichen Ursache, warum der politische Außenseiter Donald Trump die US Wahlen gewinnen konnte und warum die Engländer den Brexit gegen den Willen ihrer Eliten aus Politik und Finanzindustrie erzwingen konnten. Nach der Einführung des Euro verhinderten die USA dann sogar den Austritt der Schwachwährungsländer, als diese zahlungsunfähig wurden. Das hätte den Euro nämlich gestärkt. Sie haben also selbst alles dafür getan, daß der Eurowert nicht ansteigen konnte. Und angesichts dieser Fakten warnt ein Wirtschaftsjournalist einer führenden und meinungsmachenden deutschen Zeitung, daß der neue US-Präsident den Deutschen die Manipulation des Euro vorwerfen könnte? Nun, möglich scheint in der Politik heutzutage alles zu sein.



aber heftig widersprechen. Der Euro sei in der Tat unterbewertet, und Deutschland sei im Euro billig. „Manipuliert hat hier freilich nicht Deutschland – sondern der Euro. Und die EZB, indem sie den Euro mit ihrer Geldpolitik abwertete.“<sup>36</sup>

Die Deutschen können nur hoffen, daß es Trump mit ihnen nicht so genau nimmt wie mit den Chinesen. Schließlich kommen nicht nur seine Vorfahren ursprünglich aus Deutschland, genauer aus Kallstadt in der Pfalz. Vielleicht stellt er auch in Rechnung, daß deutsche Autos bei seinen Wählern beliebt sind – und er mit einem Handelskonflikt deshalb nicht so viel gewinnen kann.

---

Selbst die Anklage und Verurteilung anderer für Taten, die man selbst begangen hat. Das Personal der von den etablierten Parteien gestellten Regierungen in den beklagten Ländern muß nur willfährig, untertänig oder dumm genug sein, die wirklichen kausalen Wirkungszusammenhänge selbst nicht zu erkennen. Allerdings sollten sich solche Eliten dann nicht wundern, wenn das Volk gegen sie aufbegehrt, weil den Menschen doch die Augen aufgegangen sind.

<sup>36</sup> Die Euro-Abwertung war auch der erklärte Wille der Politiker jener Euro-Länder, die sich von einer noch weiter gehenden Abwertung des Euro zusätzliche Impulse zur Überwindung ihrer Wirtschaftskrise erhofften. Doch das verlangten auch die USA, als sie Kanzlerin Merkel und die EU-Gremien im Frühjahr 2010 dazu drängten, Griechenland nicht aus dem Euro auszuschließen, sondern vor dem Konkurs zu retten. Das war teuer und ließ den Eurowert abstürzen. Details dazu können Sie in: [www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de); „Die Zinswende der USA bei Licht besehen“ auf Seite 32 ff lesen. Eine weitere Intervention erfolgte dann durch Timothy Geithner, den ehemaligen US-Finanzminister. Er veranlaßte den EZB-Präsidenten Mario Draghi, die Geldvermehrungsmaschine anzuwerfen, um den Euro-Kurs noch weiter zu senken (zu weiteren Details siehe ebenfalls „Die Zinswende.... a.a.O.“, Seite 34), was Draghi dann auch tat. Das geschah gegen den erklärten und hartnäckigen Widerstand der Deutschen Bundesbank! Die von den USA beklagte Minderung (Manipulation) des Eurowertes, die zu den beanstandeten „globalen Ungleichgewichten“ führte, hat also Deutschland in keiner Weise zu verantworten. Die USA selbst haben sie angestrengt und sie hatten dabei die wohlwollende Zustimmung jener Euro-Länder, die für ihre ökonomische Misere auch die Exportüberschüsse Deutschlands verantwortlich machten.

Sollte Trump trotzdem die Deutschen zur Rechenschaft wegen der Exportüberschüsse ziehen wollen, würde er, zusätzlich zu den innergesellschaftlichen, sozialen Gräben und den internationalen Konfliktherden, die ihm die Vorgängerregierungen vererbt haben, einen weiteren Konflikt entfachen, der nicht nur Deutschland und Europa, sondern alle Länder mit Exportüberschüssen betrifft. Dabei war er zur Präsidentenwahl mit dem Versprechen angetreten, all die Gräben und Konflikte zu überwinden, für die er seine Vorgänger im Amt verantwortlich macht. Wenn er als Präsident nicht scheitern will, wird er sich gründlich überlegen müssen, was er tut und wie weit er dabei gehen kann!